

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Klaus Riegert, Friedrich Bohl,
Peter Letzgus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/8035 –**

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Klaus Riegert,
Friedrich Bohl, Peter Letzgus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der CDU/CSU
– Drucksachen 14/3680, 14/5445 –**

Sicherung der Zukunft der Vereine durch wirtschaftliche und bürokratische Entlastung – Erhöhung der Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume

A. Problem

Mit dem Entschließungsantrag wird auf die große Bedeutung der Vereine im gesellschaftlichen Leben Deutschlands hingewiesen und kritisiert, dass die Bundesregierung durch gesetzliche Maßnahmen, bürokratische Regelungen und die Einführung der Ökosteuer die Vereine stark belastet habe.

Die Bundesregierung soll deshalb u. a. aufgefordert werden, die Besteuerungs- und Zweckbesteuerungsgrenzen deutlich anzuheben, die Neuregelungen der 325-Euro-Jobs und der Scheinselbständigkeit für gemeinnützige Vereine zu verändern, eine steuerfreie Ehrenamtspauschale von 600 Euro einzuführen und das Spendenverfahren vereinsfreundlich zu gestalten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags, da die für den Bundeshaushalt daraus resultierenden Mindereinnahmen in ihrer Größenordnung nicht abzuschätzen sind.

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung des Mitglieds der Fraktion der PDS und Abwesenheit des Mitglieds der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Entschließungsantrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden als sehr hoch eingeschätzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/8035 abzulehnen.

Berlin, den 7. Juni 2002

Der Sportausschuss

Friedhelm Julius Beucher
Vorsitzender

Dagmar Freitag
Berichterstatterin

Klaus Riegert
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dagmar Freitag und Klaus Riegert**I. Überweisung**

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/8035 wurde in der 212. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Januar 2002 an den Sportausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entschließungsantrags

Mit dem Entschließungsantrag wird auf die wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben hingewiesen, die Vereine in Deutschland für die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen. Es wird auf die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für die Vereinsarbeit hingewiesen.

Es wird beklagt dass die Bundesregierung durch gesetzliche Maßnahmen, bürokratische Regelungen und die Einführung der Ökosteuer die Vereine belastet habe. Die Bundesregierung solle ein deutliches Zeichen für ein vereinsfreundliches Klima setzen.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, die Besteuerungs- und Zweckbesteuerungsgrenze deutlich anzuheben, die Grundlage dafür zu schaffen, dass gemeinnützige Vereine zusätzlich Rücklagen in Höhe bis 25 000 Euro bilden können, die Neuregelung der 325-Euro-Jobs und der Scheinselbstständigkeit zu verändern, eine steuerfreie Ehrenamtspauschale von 600 Euro einzuführen sowie das Spendenverfahren vereinsfreundlich zu gestalten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 132. Sitzung am 15. Mai 2002 den Entschließungsantrag beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS, den Entschließungsantrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 132. Sitzung am 5. Juni 2002 den Entschließungsantrag beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion der PDS, den Entschließungsantrag abzulehnen.

IV. Aus den Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/8035 – in seiner 59. Sitzung am 15. Mai 2002 und seiner 60. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten. Er hat mehrheitlich beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion der PDS und Abwesenheit des Mitglieds der Fraktion der FDP gefasst.

Berlin, den 7. Juni 2002

Dagmar Freitag
Berichterstatlerin

Klaus Riegert
Berichterstatter